

Zuwanderung nach Deutschland

Wie sie aussieht, was wir brauchen und wie wir dorthin kommen

Prof. Dr. Ruud Koopmans
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
&
Humboldt-Universität zu Berlin

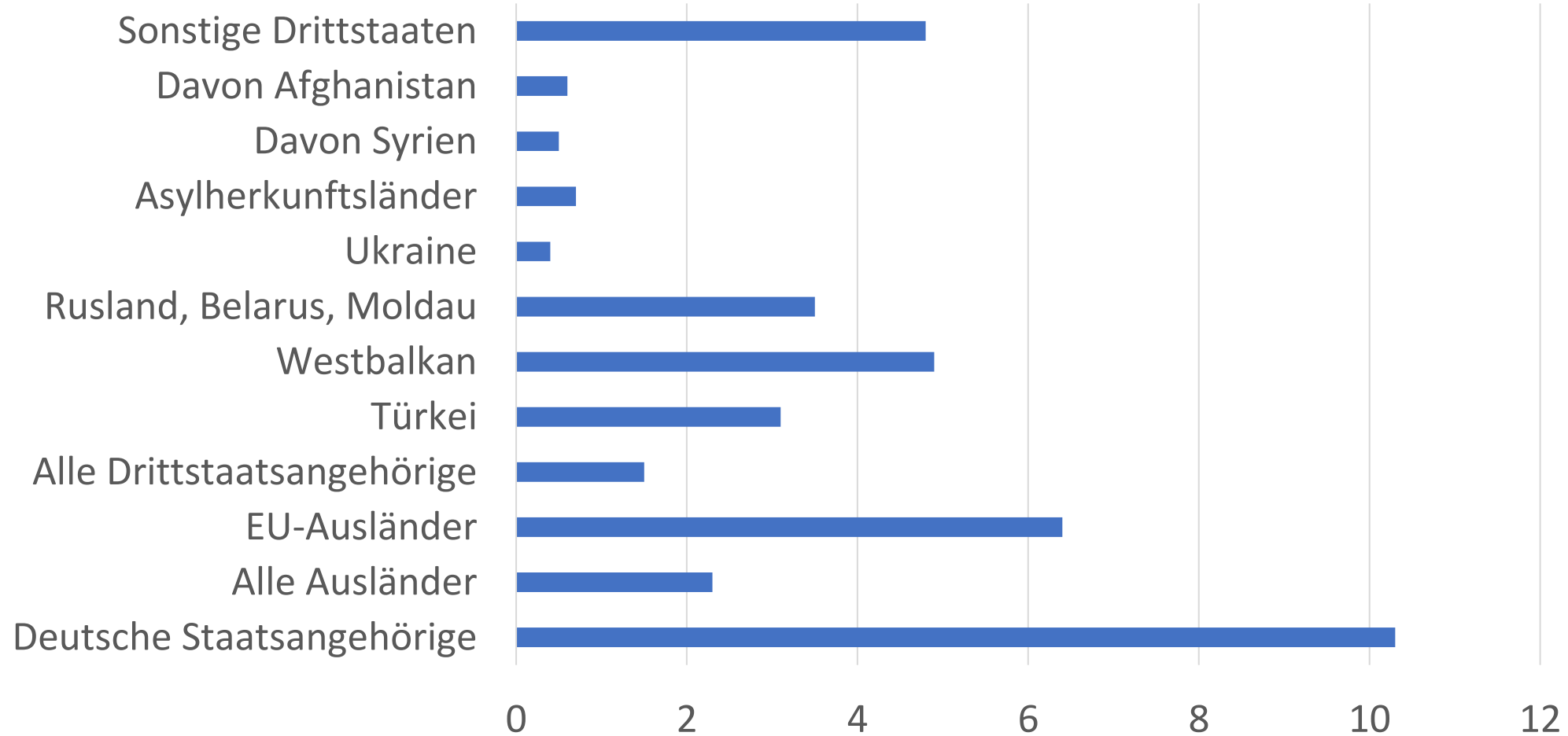
Zuwanderung nach Deutschland seit 2010

- Seit 2010 betrug das Wanderungssaldo (Einwanderer minus Auswanderer) von Ausländern nach Deutschland 8,4 Millionen.
- 3,1 Millionen davon waren EU-Staatsangehörige; 5,3 Millionen kamen aus Drittstaaten. Etwa 3,3 Millionen der letzteren Gruppe sind Asylbewerber und Flüchtlinge, davon 1 Million Ukrainer, 1 Million Syrer und 1,3 Millionen sonstige Schutzsuchende (Afghanistan, Irak usw.)
- Zugleich haben im gleichen Zeitraum Netto 800.000 deutsche Staatsangehörige Deutschland verlassen.
- Die Netto-Zuwanderung von EU-Ausländern ist zudem stark rückläufig und war 2024 sogar zum ersten Mal seit 2008 negativ (-34.000 Personen)
- Die Zuwanderung nach Deutschland wird also in zunehmendem Maße von Drittstaatsangehörigen und insbesondere von Asylbewerbern und Flüchtlingen dominiert; Deutsche Staatsangehörige wandern dagegen ab, und der (Netto-) Zuzug von EU-Ausländern ist zum Stillstand gekommen.

Was bedeuten diese Wanderungsmuster für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme?

- Die Zahl der Empfänger von Bürgergeld/Hartz-IV nahm von 2010 bis 2024 leicht ab, von 6.4 Millionen zu 5,5 Millionen.
- Die Zahl der leistungsabhängigen Ausländer wuchs dagegen um mehr als das Zweifache, von 1,2 Millionen auf 2,6 Millionen. Die Zahl der leistungsabhängigen deutschen Staatsangehörigen ging unterdessen stark zurück, von 5,2 Millionen auf 2,9 Millionen.
- So fand eine starke „Migrantisierung“ der Sozialleistungsabhängigkeit statt: 2010 war nur jede fünfte Bürgergeld/Hartz-IV-Empfänger (19,5%) Ausländer, 2024 war es nahezu die Hälfte (47,6%).
- Rechnet man die 461.000 Empfänger (2024) von Asylbewerberleistungen hinzu (2010 waren dies noch 130.000) sind 52% der Leistungsempfänger Ausländer.
- Hinzu kommt eine unbekannte, aber sicherlich nicht unerhebliche Zahl von deutschen Leistungsempfängern mit Migrationshintergrund. Sogar wenn der Anteil der Leistungsabhängigkeit unter deutschen mit Migrationshintergrund gleich wäre an der der Deutschen ohne Migrationshintergrund, würde dies bedeuten, dass mindestens 60 Prozent der Leistungsabhängigen einen Migrationshintergrund hat. Wäre die Leistungsabhängigkeit unter Deutschen mit Migrationshintergrund auch nur halb so hoch wie unter Ausländern, würde der Anteil der Leistungsabhängigen mit Migrationshintergrund über 75 Prozent betragen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro Bürgergeld-Leistungsberechtigter



- Schlußfolgerung: es findet eine massive Zuwanderung in die Sozialsysteme statt, die nicht hilft die Nachhaltigkeit des Sozialstaates zu verbessern, die Folgen des demographischen Wandels zu meistern, und die Arbeitsmarktbeteiligung zu erhöhen. Im Gegenteil, all diese Probleme werden durch das gegenwärtige Migrationsmuster verschlimmert.
- Der Hauptgrund dafür ist die unkontrollierte Fluchtzuwanderung, meistens aus Ländern mit defizitären Bildungssystemen, großer Bildungsdistanz (vor allem unter Frauen), geringer Arbeitsmarktorientierung bei Frauen, und einer größtmöglichen kulturellen Distanz zu den europäischen Einwanderungsgesellschaften. (Ausnahme Ukraine)
- Ein zweiter Grund ist die Höhe des Bürgergeldes in Deutschland, vor allem für Familien mit Kindern, die die Aufnahme einer Arbeit geradezu irrational macht. > Ukrainer in Deutschland verglichen mit Nachbarländern.
- Andere Formen der Zuwanderung, v.a. Arbeitsmigration, bieten allerdings bessere Perspektiven. Diese Form der Migration aus EU-Ländern droht allerdings auszutrocknen und es gelingt Deutschland noch ungenügend Arbeitsmigranten aus Drittstaaten anzuziehen.
- Beide Probleme sind miteinander verbunden: wegen der großen Zahl an schlecht integrierten Fluchtmigranten fehlt es in der Bevölkerung an Unterstützung und fehlen den Kommunen die Ressourcen (Wohnraum z.B.) für großangelegte Arbeitsmigration. Der Aufstieg des Rechtspopulismus, der durch die dysfunktionale Zuwanderung der letzten 15 Jahren angekurbelt wird, ist außerdem im Ausland kein Werbeprogramm für qualifizierte Arbeitsmigranten.

Wie können wir Kontrolle über die Fluchtmigration gewinnen
ohne fundamentale Menschenrechte zu verletzen?

Das Kernproblem

- Das internationale Flüchtlingsregime der Genfer Konvention wurde geschaffen für eine Welt in der Fluchtbewegungen über kurze Distanzen, in direkte Nachbarländer stattfanden, nicht für die Welt von schneller und kostengünstiger globaler Mobilität und Kommunikation in dem wir jetzt leben
- Das europäische Flüchtlingsregime bietet nur Menschen Schutz, die sich bis zu einer europäischen Grenze durchschlagen können. Und dies unabhängig davon, ob sie tatsächlich Schutz bedürfen
- Die Schutzbedürftigkeit wird erst nach Ankunft in Europa geprüft, geht mit langwierigen Prozeduren einher aber bleibt letztendlich ohne Konsequenzen. Zwar werden europaweit 45% der Asylanträge abgelehnt, die Rückführung scheitert aber fast immer
- Wir helfen (fast) niemanden, der es nicht an einer europäischen Grenze schaffen kann, und auch dies unabhängig von der Schutzbedürftigkeit

Inwiefern werden diese Probleme durch die anvisierte GEAS-Reform gelöst?

- Nach wie vor ist eine gefährliche Reise notwendig, um einen Asylantrag stellen zu können und es wird so weiterhin eine milliarden schwere Schmugglerindustrie finanziert
- Für Asylbewerber aus Ländern mit einer EU-weiten Schutzquote über 20% ändert sich im Wesentlichen nichts. Das sind aber die wichtigsten Herkunftsländer
- Für die, die wohl in das Grenzverfahren kommen, bleibt das Problem der Rückführung ungelöst
- Ohne ausführliche Sicherheitsprüfung ALLER Asylsuchenden an den Außengrenzen bleiben auch die Sicherheitsprobleme ungelöst und sogar wenn Sicherheitsbedenken vorliegen, wird eine Rückführung meistens unmöglich sein (etwa nach Palästina oder Syrien)
- Keine der Folgeprobleme, die den Populismus Rückenwind geben, wird so gelöst
- Auch der Erpressbarkeit durch geopolitische Feinde wären wir nach wie vor ausgeliefert

Die australische Lösung

- In den frühen 2000er wurde Australien mit einer starken Zunahme von irregulären Migranten, die per Boot aus Indonesien überfahren, konfrontiert. Die Todesrate (2.8%) war sogar noch höher als im Mittelmeer. In den Jahren 2000-2001 starben 728 Migranten. Zwischen 2002-2008 keinen Einzigen. Von 2009-2013 ertranken dann wieder 992 Migranten; ab 2014 wiederum kein Einziger. Was war passiert?
- Der Grund: die Einführung der sogenannten „Pacific Solution“: extraterritoriale Asylverfahren in Nauru und auf Manus Island (PNG) in 2002; ihre Abschaffung in 2008; und ihre Wiedereinführung in 2012.
- Etwa 5.000 Asylsuchende wurden seit 2002 außerhalb Australiens gebracht; 61 von ihnen starben einen unnatürlichen Tod, u.a. durch gewalttätige Konflikte und Suizid. Allerdings: Insgesamt ertranken seit 2000 in Jahren, in denen die PS außer Kraft war, fast 2.000 Menschen
- Die Bürde für Drittstaaten ist letztendlich relativ niedrig, weil die irreguläre Migration rapide abnimmt sobald klar ist, dass die Reise nicht nach Australien oder einem anderen ersehnten Einwanderungsland führt. In 2022 verblieben nur noch 217 Migranten in Nauru oder PNG; die Anderen waren in ihre Heimatländer zurückgekehrt oder weitergezogen. Neuankünfte gibt es seit langem nicht mehr.
- Australien kombiniert diese Politik mit Kanälen für legale humanitäre Migration. Es nimmt die weltweit dritthöchste Zahl von Flüchtlingen über Resettlement in Zusammenarbeit mit der UNHCR auf (die zweithöchste Zahl per capita); Es hat zusätzliche eigene humanitäre Kontingente (z.B. für Afghanen); und es verfügt über ein Programm humanitärer Visa. Insgesamt nimmt Australien genauso viele Flüchtlinge auf als der EU-Durchschnitt

Abkommen mit Drittstaaten als Lösungsweg

- Einen Ausweg aus den Dysfunktionalitäten des herrschenden europäischen Flüchtlingsregimes gibt es nur wenn wir den Anreiz, sich überhaupt auf den Weg nach Europa zu begeben, wegnehmen
- Damit dies im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen passiert, muss die Möglichkeit eines Schutzantrages nach flüchtlingsrechtlichen Standards gegeben bleiben und bei Einwilligung davon Schutzgewährung nach den Kriterien der Genfer Konvention. Allerdings beide NICHT auf europäischem Territorium
- Ausnahme: Asylbewerber aus Ländern, die direkt an der EU grenzen (Ukraine, Türkei usw.)
- Damit dies gelingt, braucht es Abkommen mit drei Arten von Drittstaaten:
- Mit (sicheren) Herkunftsstaaten (allerdings beschränkte Effekte; betrifft nur abgelehnte Bewerber aus Staaten in denen tatsächlich eine Rückführung möglich ist)
- Mit Transitstaaten (Türkei, Tunesien, Marokko): unbedingt wichtig. Würde allerdings ohne Aufgabe des Verbindungskriteriums nicht optimal funktionieren: z.B. Verlagerung von Tunesien nach Libyen. Großer Nachteil auch ist die geringe Zahl der Transitstaaten und die daraus resultierende Abhängigkeit und Erpressbarkeit der EU.
- Mit sicheren Drittstaaten, die keine Transitstaaten sind (etwa Albanien, Ruanda, Ghana, Senegal, Georgien). Wenn das gelingen würde, wäre das der Königsweg. Die Gerichtsentscheidungen zum Ruandaplan des VK stehen dem nicht im Wege!

Legale Flucht- und Arbeitsmigration als Alternative

- Wenn so das Zurückdrängen der irregulären Migration gelinge, kämen materielle und politische Kapazitäten frei für eine großzügige Aufnahme von Schutzbedürftigen über Kontingente und humanitäre Visen wie in Kanada oder Australien
- Damit würde die Fluchtmigration Gegenstand demokratischer Entscheidungsfindung. Dafür sollte man keine Angst haben, sondern es als Herausforderung und Chance begreifen
- Abkommen mit Drittstaaten müssen auch für diese attraktiv sein: privilegierte Partnerschaften für Arbeitsmigration können dafür das Win-Win-Mittel der Wahl sein.

Zum Schluss...

Jede Politikoption muss an Hand ihrer existierenden und realen Alternativen beurteilt werden, nicht im Vergleich zu einer imaginären Idealzustand in dem es keine moralischen und praktischen Tradeoffs gibt.

Die Alternative für Abkommen mit Drittstaaten ist das jetzige System: für die Schutzsuchenden tödlich und ungerecht; für die aufnehmenden Länder schädlich für Integration und Sozialstaat, gesellschaftspolitisch polarisierend, und geopolitisch gefährlich

Oder auch Schlimmeres: es gibt die reale und wirksame Alternative der Populisten: die von Mauern und Zäunen, von Pushbacks und Gewalt an den Grenzen. Sie kann die irreguläre Migration wirksam begrenzen; allerdings nicht mit rechtsstaatlichen Mitteln.

Noch haben wir die Wahl.